



SPD-Fraktion im Rat der Stadt Petershagen

An
den Bürgermeister der Stadt Petershagen
und
die Fraktionen im Rat der Stadt Petershagen



Petershagen, 24.03.2010

Antrag der SPD- Fraktion

Die SPD-Fraktion beantragt gemäß § 11 Abs. 2 der Geschäftsordnung die Erweiterung der Tagesordnung der Sitzung des Rates der Stadt Petershagen am 25.03.2010 um den Tagesordnungspunkt „Situation der Grundschule Ovenstädt“.

Mit Bezug auf die bis zum 16.04.2010 laufende Frist zur Ummeldung für die Eltern, die ihre Kinder für das nächste Schuljahr zur Einschulung an der Grundschule Ovenstädt angemeldet hatten, und den daraus folgenden Konsequenzen für den Schulstandort handelt es sich um eine Angelegenheit, die keinen Aufschub duldet.

Beschlussvorschlag:

- I. Die Verwaltung wird beauftragt alle Möglichkeiten auszuschöpfen (juristische wie außerjuristische) einen Einschulungsjahrgang 2010/2011 am Standort der Grundschule Ovenstädt zu ermöglichen. Der Rat (oder der zuständige Fachausschuss) ist über die Bemühungen und in Prüfung befindlichen Lösungswege laufend und unverzüglich zu informieren und gegebenenfalls in die Entscheidung einzubeziehen.
- II. Um schnellstmöglich Planungssicherheit für alle Beteiligten zu gewährleisten ist die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes (insb. für die Grundschulen) umgehend zu beginnen (und nicht erst in der zweiten Jahreshälfte 2010), d.h. Ergebnisse müssen vor dem Anmeldezeitraum für das Schuljahr 2011/2012 vorliegen.

Begründung:

Eine zukunftsfähige Schullandschaft in der Stadt Petershagen wird Veränderungen mit sich bringen. Dabei sollten insbesondere Standortentscheidungen Ergebnis eines perspektivischen und deliberativ geprägten Entwicklungsprozesses sein.

Die aktuelle Entscheidung der Bezirksregierung zur Klassenbildung in der GGS Ovenstädt passt nicht zu einem solchen Vorgehen und ist dementsprechend nicht hinzunehmen.

Vielmehr liegt es insbesondere in der Verantwortung von Rat und Verwaltung Planungssicherheit für Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer sowie alle weiteren Beteiligten zu gewährleisten.

Im aktuellen Fall ist den Betroffenen nicht zuzumuten die Versäumnisse bei der Schulentwicklungsplanung und die fehlende Anbahnung schulorganisatorischer Entscheidungen so kurzfristig und unmittelbar „ausbaden“ zu müssen. In dieses Bild passt, dass, nachdem die Eltern ihre Kinder bereits im Herbst 2009 für die Grundschulen anmelden mussten, gegenüber und mit den Betroffenen verbindliche Informationen und Entscheidungen erst im März/April 2010 kommuniziert und umgesetzt wurden und werden.

Um eine vergleichbare Entwicklung in den kommenden Schuljahren zu vermeiden, muss – angefangen im Vorfeld der Anmeldefrist bis zum 15.11.2010 für das Schuljahr 2011/2012 – eine verlässliche Entscheidungsgrundlage in Form eines nachhaltigen, gemeinsam in einem strukturierten Prozess erarbeiteten Schulentwicklungsplanes bis zu diesem Zeitpunkt vorliegen. Hierzu muss umgehend mit den entsprechenden Verwaltungsarbeiten und politischen Beratungen und Beschlüssen begonnen werden.

Mit freundlichen Grüßen


Ebenau
für die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Petershagen